

Clean statt Green

Europas Wirtschaft soll grüner und wettbewerbsfähiger werden: Der angekündigte Industrial Clean Deal setzt auf saubere Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Investitionen. Was bedeutet das für den EU-Wirtschaftsstandort?

Mit der Bestätigung von Ursula von der Leyen für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin am 18. Juli 2024 sind die Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt. Angesichts einer schwächelnden europäischen Wirtschaft, volatiler Energiepreise, globaler Konflikte und des fortschreitenden Klimawandels wird diese neue Periode nicht weniger herausfordernd. Die von der Kommissionspräsidentin vorgestellten politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029 sollen Antworten auf diese Herausforderungen liefern. Dabei stehen die Ziele des European Green Deal weiterhin im Vordergrund, ergänzt durch einen verstärkten Fokus auf eine wettbewerbsfähige und saubere Industrie, niedrige Energiepreise und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aus dem Green Deal soll ein neuer Deal für eine saubere Industrie werden.

Ein Clean Deal für die Industrie

Der Industrial Clean Deal, der innerhalb der ersten 100 Tage des neuen Mandats vorgelegt werden soll, zielt darauf ab, die europäischen Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht dabei die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Dazu zählt vor allem der gesicherte Zugang zu einer kostengünstigen, nachhaltigen und sicheren Energie- und Rohstoffversorgung. Die einfache, faire und kosteneffiziente Umsetzung des bestehenden (European Green Deal) Rechtsrahmens im Hinblick auf das Jahr 2030 sowie beschleunigte und vereinfachte Planungs-, Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren sollen ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der geplante Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie. Dieser fokussiert sich auf die Herstellung und

Verbreitung sauberer Technologien in Europa. Laut der Internationalen Energieagentur wird der globale Markt für saubere Energietechnologien bis 2030 einen Wert von etwa 650 Milliarden US-Dollar pro Jahr erreichen. Der Letta-Report sieht darin eine wesentliche Chance für Europa, eine industrielle Führungsrolle im Übergang zu einer grünen Wirtschaft einzunehmen – eine Gelegenheit, die es zu nutzen gilt. Um die ehrgeizigen Ziele der Europäischen Union zu erreichen, sind erhebliche Investitionen notwendig. Die Europäische Kommission schätzt, dass jährlich etwa 620 Milliarden Euro erforderlich sind, um die Vorgaben des Green Deal und REpowerEU zu erfüllen. Ohne diese Investitionen und eine Beschleunigung der Verfahren wird die Erreichung der Klimaziele schwierig. Im Gegenteil, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie könnte dadurch ernsthaft gefährdet werden.

Verwirklichung der Energieunion

Die Energiekrise, ausgelöst durch die russische Invasion in die Ukraine, hat deutlich gemacht, wie stark Energiepreise und Versorgungssicherheit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beeinflussen. Deshalb stehen die Senkung der Energiepreise und die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ganz oben in den politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission. Das zentrale Instrument zur Erreichung dieser Ziele ist die Verwirklichung einer echten Energieunion. Eine starke grenzüberschreitende Vernetzung der Energiemärkte ist dabei unerlässlich. Daher sollen Investitionen in die Infrastruktur und Technologien für saubere Energie in der neuen Periode weiter vorangetrieben werden. Dies umfasst Technologien für erneuerbare und CO₂-arme Energie sowie den Ausbau der Netzinfrastruktur, der Speicherkapazitäten und für den Aufbau eines europäischen Wasserstoffnetzes. Der Letta-Report bestätigt, dass die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes entscheidend für die Sicherung einer nachhaltigen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung in Europa ist. Für die Versorgung, insbesondere in Bezug auf grünen Wasserstoff, wird es jedoch auch erforderlich sein, strategische Partnerschaften außerhalb der EU aufzubauen.

Mobilität braucht Technologieneutralität

Die EU hat das Ziel formuliert, bis 2035 Klimaneutralität für neuzugelassene Personenkraftwagen zu erreichen. Dies erfordert einen technologieneutralen Ansatz, bei dem auch alternative Kraftstoffe wie E-Fuels berücksichtigt werden. Geplant sind eine Überprüfung und Änderung der Vorschriften für CO₂-Grenzwerte für Pkw. Der Letta-Report weist jedoch darauf hin, dass die Dekarbonisierung des Transportsektors nicht allein durch technologische Innovationen erreicht werden kann. Eine wesentliche Herausforderung bleibt der

Ausbau der Infrastruktur für emissionsfreie Fahrzeuge, insbesondere für schwere Nutzfahrzeuge. Während die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Aufbau ist, fehlt es in den meisten EU-Ländern an einer Infrastruktur für schwere Nutzfahrzeuge. Ohne entsprechende Investitionen in die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe wird die Dekarbonisierung der gewerblichen Flotten nur schwer umsetzbar sein. Die politischen Leitlinien von Ursula von der Leyen bleiben in diesem Punkt noch vage. Ein weiteres zentrales Thema des Letta-Reports ist der Bahntransport. Die vollständige Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraumes ist für die Dekarbonisierung des Verkehrssektors von entscheidender Bedeutung. Der Vorschlag der Kommissionspräsidentin, eine Verordnung für einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste für trans-europäische Reisen einzuführen, ist zwar ein positiver Schritt, wird jedoch allein kaum ausreichen, um die rechtlichen Hürden bei grenzüberschreitenden Bahntransporten und den Mangel an Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den EU-Ländern zu beseitigen.

Kreislaufwirtschaft für weniger Abhängigkeit

Ein weiterer wichtiger Pfeiler im angekündigten Industrial Clean Deal ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft. Ein neuer Rechtsakt zur Kreislaufwirtschaft soll den Binnenmarkt für Abfälle sowie die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen, insbesondere in Bezug auf kritische Rohstoffe, voranbringen. Der Letta-Report identifiziert die Transformation des bestehenden EU-Binnenmarktes in einen kreislauforientierten Markt als entscheidend, um sowohl die Dekarbonisierung der Wirtschaft als auch die Verringerung von Abhängigkeiten von fragilen Lieferketten und volatilen Rohstoffmärkten zu erreichen. Die Weltbank schätzt, dass der europäische Wiederaufbereitungsmarkt bis 2030 auf 100 Milliarden Euro anwachsen könnte, was zur Schaffung von 500.000 neuen Arbeitsplätzen und zur Einsparung von 21 Megatonnen CO₂ führen würde. Darüber hinaus wird in den politischen Leitlinien eine neue Strategie für Wasserresilienz vorgeschlagen, um Wasserknappheit zu bekämpfen und die Wasserwirtschaft durch einen kreislauforientierten Ansatz zu stärken. Dies umfasst auch die Überarbeitung der REACH-Verordnung und die Schaffung eines Binnenmarktes für chemische Produkte.



Levin Spiegel MSc (Eurochambres)

spiegel@eurochambres.eu

WKÖ-Conclusio

- Der angekündigte Industrial Clean Deal könnte werden, was der European Green Deal nicht wurde: Ein Deal, der nicht nur auf Klimaneutralität, sondern auch auf eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit setzt. Wettbewerbsfähige Energiepreise, Versorgungssicherheit bei Rohstoffen und Energie sowie Investitionen in saubere Technologien sind zentrale Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und bilden die Basis für langfristigen Wohlstand in Europa.
- Die Pläne für die kommende EU-Periode greifen viele der im Letta-Report identifizierten Probleme und Empfehlungen auf. Doch die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gut gemeinte Ideen der Kommission oft nicht die versprochenen Ergebnisse brachten und stattdessen zu Mehrbelastungen und Planungsunsicherheit für Unternehmen führten. Die WKÖ fordert von der neuen Kommission einen klaren Fokus auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, die nicht nur die Dekarbonisierung, sondern auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den Vordergrund stellen. In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass der bestehende Rechtsrahmen für 2030, der European Green Deal, praxistauglich und wirtschaftsverträglich umgesetzt wird.
- Dies erfordert auch den Mut, bereits beschlossene Regelungen wie das Lieferkettengesetz und die Entwaldungsverordnung zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen. Bürokratische Hürden müssen abgebaut und Rechtsakte so gestaltet werden, dass sie insbesondere KMU nicht zusätzlich belasten – denn nur so kann der europäische Wirtschaftsstandort langfristig gesichert werden. ●

Anmerkung: Der Beitrag wurde vor der Veröffentlichung des Draghi-Berichts ([Link](#)) verfasst.

Quellen:

- Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission ([Link](#))
- Letta-Report ([Link](#))
- IEA ([Link](#))
- Europäische Kommission: "Q&A – Sustainable Finance Package" ([Link](#))
- The World Bank ([Link](#)).